



Stellungnahme

Der Bundesverband Güterkraftverkehr Logistik und Entsorgung (BGL) e.V. hat zu dem Vorschlag der EU-Kommission für eine Überarbeitung der **Verordnung (EU) 1407/2013** zu De-minimis Beihilfen folgende Anmerkungen:

Anhebung Höchstbetrag der Förderung und Gleichstellung von Straßengüterverkehrsunternehmen

Der BGL begrüßt die in Art. 3 Abs. 2 vorgesehene Anhebung der allgemeinen Obergrenze für De-minimis Beihilfen innerhalb von 3 Steuerjahren. Allerdings hält der BGL angesichts deutlicher Preissteigerungen seit dem Jahr 2006 und der derzeitigen Inflationsrate eine Anhebung der Obergrenze auf 500.000 Euro für angezeigt, da die Verordnung (EU) Nr. 1407/2013 die Grundlage für einen Großteil nationaler Fördermaßnahmen ist und der Rahmen folglich sehr schnell überschritten ist.

Mit dem Ziel der Dekarbonisierung des Verkehrssektors und den Klimaschutzziele sind für Straßengüterverkehrsunternehmen hohe Investitionen in moderne Fahrzeugtechnologien und betriebliche Infrastrukturen verbunden, die erhebliche Mehrkosten verursachen.

Frankfurt am Main, den 10. Januar 2023

Hausanschrift

Breitenbachstraße 1
60487 Frankfurt am Main

Kontakt

Telefon: +49 69 7919 0
Telefax: +49 69 7919 227
E-Mail: bgl@bgl-ev.de
Website: www.bgl-ev.de

Vorstand

Prof. Dr. habil. Dirk Engelhardt
Vorstandssprecher



Durchschnittliche Größe von Straßengüterverkehrsunternehmen

Der BGL begrüßt, dass im Vorschlag der Kommission die bisher in Erwägungsgrund 5 der Verordnung enthaltene unzutreffende Behauptung, im Straßengüterverkehrssektor bestünden Überkapazitäten, nunmehr gestrichen werden soll.

Der COM-Vorschlag stellt in Erwägungsgrund 5 allerdings noch immer hinsichtlich der Diskriminierung der Straßengüterverkehrsunternehmen bei der Obergrenze für De-minimis Beihilfen auf die „geringe Größe“ der Straßengüterverkehrsunternehmen ab. Eine Faktengrundlage für diese Behauptung ist nicht ersichtlich. Es ist festzustellen, dass im Straßengüterverkehr eine laufende Konzentration des Marktes stattfindet, da viele kleinere Unternehmen keine Nachfolger finden und sich die durchschnittliche Fahrzeuganzahl der Güterkraftverkehrsunternehmen laufend erhöht.

Hinsichtlich der durchschnittlichen Unternehmensgröße gibt es aus Sicht des BGL keinen sachlichen Grund dafür, den Gesamtbetrag der De-minimis Beihilfen in einem Unternehmen, das im gewerblichen Güterkraftverkehr tätig ist, generell niedriger anzusetzen als für Unternehmen aus anderen Sektoren. Sowohl die Abgrenzung von den genannten Verkehrsdienstleistungen als auch die Halbierung des maximalen Fördervolums scheint rein willkürlich (nach Art. 3 Abs. 2 137.500 Euro zu 275.000 Euro). So ist die Betriebsgröße bei gut einer Mio. Handwerksbetrieben mit im Durchschnitt ca. 5,4 Mitarbeitern (Quelle: Zentralverband des Deutschen Handwerks e.V.) nicht ausschlaggebend – bei ca. 46.000 Straßengüterverkehrsunternehmen mit im Durchschnitt knapp 14 Mitarbeitern jedoch sehr wohl.

Hinzu kommt, dass die Abgrenzung der genannten Verkehrsdienstleistungen bei Mischunternehmen, also Unternehmen, die sowohl Güterverkehr wie auch andere Dienstleistungen erbringen, zu Auslegungsschwierigkeiten führt.





Der BGL fordert daher noch einmal nachdrücklich die Gleichstellung von Unternehmen des gewerblichen Güterkraftverkehrs.

Ausschluss des Erwerbs von Fahrzeugen, Art. 3 Abs. 2 Unterabsatz 2

Ebenfalls gibt es keinen sachlichen Grund für die Ungleichbehandlung der Unternehmen des gewerblichen Güterkraftverkehrs mit sonstigen Unternehmen in Bezug auf den Erwerb von Fahrzeugen.

„Ein einziges Unternehmen“, Art. 2 Abs. 2

Der BGL regt an, die Vorschrift des Art. 2 Abs. 2 der Verordnung 1407/2013 einer Überarbeitung zu unterziehen. Die Regelung, dass Unternehmen, die durch eine Mehrheit der Stimmrechte, Leitungs-, Kontroll- Bestell- oder Abberufungsrechte miteinander verbunden sind, als „ein einziges Unternehmen“ gelten, stößt vielfach auf Auslegungsschwierigkeiten. Hier wäre eine für alle Unternehmen klare und eindeutige Regelung vorteilhafter.

